

Strafrecht

Allgemeiner Teil

Bearbeitet von
Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Kristian Kühl

8., neu bearbeitete Auflage 2017. Buch. XXXIX, 958 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8006 5344 7
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm
Gewicht: 1186 g

[Recht > Strafrecht > Strafrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kühl

Strafrecht – Allgemeiner Teil



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Strafrecht **Allgemeiner Teil**

von

Dr. Dr. Dres. h. c. Kristian Kühl

o. Professor an der
Universität Tübingen

8., neu bearbeitete Auflage 2017

Verlag Franz Vahlen München



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 9783800653447

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Fürstenfeldbruck
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

*Für Roswitha,
Katrin und Karolin*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Seit der Voraufgabe sind infolge längerer Krankheitsphasen vier Jahre vergangen. Mit zu diesem Zeitraum hat die „im Ruhestand“ fehlende Mitarbeit von Assistenten usw. beigetragen. Eine rühmliche Ausnahme bildet der schon an der Voraufgabe beteiligte *Sebastian Ritter*, ohne dessen Hilfe ich alleine nur schwer zurecht gekommen wäre.

Vier Jahre sind für den Kernbereich des Strafrecht AT kein zu langer Zeitraum. Es konnte aber immerhin das gesamte Buch gründlich aktualisiert werden. Damit es lesefreundlich bleibt, habe ich von Kürzungen weitgehend abgesehen. Das Buch eignet sich deshalb besonders für den Lerntyp, der 20 Seiten lesen muss, um 2 Seiten Inhalt zu internalisieren (zu diesem Typus gehört der Autor selbst).

Tübingen, im Juli 2016

Kristian Kühl

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Auf dem Gebiet des Allgemeinen Teils des Strafrechts herrscht kein Mangel an ausgezeichneten Lehrbüchern unterschiedlichsten Zuschnitts. Es bedurfte deshalb eines Anstoßes von außen, um mich zu einer weiteren Lehrdarstellung dieser Rechtsmaterie zu bewegen. Die stofflich bedingte Schwierigkeit des Unterfangens und vor allem die Schwierigkeit, eine neue Form der Darstellung zu finden, haben zu erheblichen Verzögerungen bei der Fertigstellung des Manuskripts und zu einem so nicht geplanten Umfang des Buches geführt.

Die Zielsetzung des Lehrbuches ist in dessen § 1 erläutert, so dass hier nur noch einmal das mir Wesentliche hervorgehoben werden soll: es geht nicht um einen weiteren, originellen AT mit eigenem System (wie etwa in den AT-Lehrbüchern von *Hruschka, Jakobs, Otto, Roxin* und *Schmidhäuser*), sondern um die Darstellung des Stoffes auf dem Boden des „überkommenen bzw. herrschenden Systems“ (wie es etwa den AT-Lehrbüchern von *Ebert, Jescheck* und *Wessels* sowie dem *Lackner-Kommentar* zugrunde liegt); diese Darstellung ist entsprechend den Erfahrungen aus meinen Vorlesungen didaktisch ausgerichtet und versucht, die Umsetzung des Stoffes in Übungsarbeiten zumindest vorzubereiten. Man könnte das Lehrbuch deshalb auch ebenso gut als Lernbuch bezeichnen.

Gießen, den 2. Januar 1994

Kristian Kühl

Inhaltsverzeichnis

	Rn.	Seite
Vorwort		VII
Abkürzungsverzeichnis		XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur		XXV
1. Abschnitt. Überblick und Handlungsbegriff		
§ 1. Überblick über die (dogmatische) AT-Materie		
I. Ziel des AT-Lehrbuchs	1	1
II. Das Grunddelikt, seine Abwandlungen und Anknüpfungen	4	2
III. Der Aufbau des vollendeten, vorsätzlichen Begehungsdelikts	22	7
IV. Der Übergang vom Grunddelikt zu dessen Abwandlungen	31	10
§ 2. Der Handlungsbegriff		
I. Die menschliche Handlung als Gegenstand strafrechtlicher Bewertung	1	11
II. Nicht-Handlungen	4	13
2. Abschnitt. Das vollendete, vorsätzliche Begehungsdelikt		
§ 3. Das Unrecht des vorsätzlichen Begehungsdelikts		
I. Die Unrechtsbegründung: Tatbestandsmäßigkeit	1	17
II. Wesen und Elemente des Unrechts	3	17
III. Objektiver und subjektiver (Unrechts-)Tatbestand	7	19
1. Objektiver Tatbestand	8	19
2. Subjektiver Tatbestand	9	19
1. Unterabschnitt. Tatbestandsmäßigkeit		
§ 4. Objektiver Tatbestand: Kausalität und objektive Zurechnung		
I. Einführung	1	19
II. Kausalität	6	21
1. Die condicio-Formel und ihre richtige Anwendung	9	25
a) Hypothetische Ersatzursachen und Kausalverläufe	11	26
b) Alternative Kausalität („Doppelkausalität“)	19	30
2. Die Formel von der gesetzmäßigen Bedingung	22	33
3. Weitere Kausalitätsfragen	28	36
a) Atypische Kausalverläufe	29	36
b) Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	31	37
III. Objektive Zurechnung	36	40
1. Die Grundformel	43	43
a) Die Schaffung der Gefahr bzw. deren Erhöhung	46	45
b) Die Gefahrrealisierung	60	52
2. Weitere einzelne Zurechnungskriterien	75	59
a) Beherrschbarkeit und Adäquanz	76	60
b) Intensivierung der Rechtsgutsverletzung	79	61
c) Prinzip der Eigenverantwortlichkeit	83	63
aa) Abgrenzung von Verantwortungsbereichen	83	63
bb) Eigenverantwortliche Selbstgefährdung	86	66
3. Abschließende Hinweise zur Fallbearbeitung	97	77

	Rn.	Seite
§ 5. Subjektiver Tatbestand: Vorsatz und sonstige subjektive Tatbestandsmerkmale		
I. Einführung	1	79
II. Vorsatz	6	81
1. Begriff, Wesen, Gegenstand, Zeitpunkt und Alternativität des Vorsatzes ..	6	81
2. Erscheinungsformen des Vorsatzes	28	93
a) Absicht	33	95
b) Wissentlichkeit	38	97
c) Eventualvorsatz	43	99
3. Das Wissen des Vorsatztäters	90	122
a) Die Art des Wissens: Bedeutungskennntnis	91	122
b) Die Intensität des Wissens: Mitbewusstsein	98	125
c) Die Konkretheit des Wissens: genereller Vorsatz	101	125
2. Unterabschnitt. Rechtswidrigkeit		
§ 6. Grundfragen der Rechtfertigung		
I. Rechtfertigung tatbestandsmäßigen Verhaltens	1	126
II. Allgemeine Fragen der Rechtfertigungsgründe	10	128
1. Weitgehender Verzicht auf die Voraberrörterung allgemeiner Fragen	10	128
2. Subjektive Rechtfertigungsvoraussetzungen, insbesondere deren Fehlen...	11	129
a) Kenntnis der rechtfertigenden Voraussetzungen	11a	129
b) Das Fehlen des subjektiven Rechtfertigungselements	14	130
§ 7. Die Notwehr gemäß § 32		
I. Einführung und allgemeine Kennzeichnung	1	131
II. Die Grundgedanken der Notwehr	6	132
1. Dualistische Notwehrlehre	6	132
a) Schutzprinzip	8	133
b) Rechtsbewährungsprinzip	10	133
c) Verhältnis der beiden Grundgedanken	11	133
2. Monistische Notwehrlehren	14	134
3. Ergänzung der dualistischen Notwehrlehre durch das Prinzip der Verantwortung	19	134
III. Die gesetzliche Notwehrregelung des § 32 II	20	136
1. Die Notwehrlage	21	136
a) Der Angriff	23	138
b) Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	39	145
c) Die Rechtswidrigkeit des Angriffs	54	151
2. Die Verteidigungshandlung	78	162
a) Die Abwehr des Angriffs	78	162
b) Die Erforderlichkeit der Verteidigung	87	166
c) Der „Verteidigungswille“	124	182
d) Die Verteidigung eines anderen, sog. Nothilfe	137	186
e) Notwehr und Nothilfe durch Polizeibeamte	148	190
IV. „Sozialethische“ Einschränkungen der Notwehr	157	197
1. Allgemeine Fragen zu den „sozialethischen“ Einschränkungen der Notwehr	158	197
a) Wann ist eine Notwehreinschränkung „sozialethisch“?	158	197
b) Wo ist die gesetzliche Regelung der „sozialethischen“ Einschränkungen?	162	198
c) In welchen Fallgruppen besteht ein Bedarf für „sozialethische“ Einschränkungen?	167	201
2. Die einzelnen Fallgruppen	170	202
a) Krasses Missverhältnis, unerheblicher Angriff und Unfugabwehr	171	202
b) Angriffe schuldlos Handelnder und Irrender	192	209
c) Enge persönliche Beziehungen	198	212

	Rn.	Seite
d) Die „Notwehrprovokation“	207	216
aa) Allgemeine Fragen	207	216
bb) Die einzelnen Fallgruppen der „Notwehrprovokation“	228	225
(1) Die „Absichtspr Provokation“	228	225
(2) Die „sonst schuldhafte Herbeiführung einer Notwehrlage“ ...	248	231
(3) Hinweise auf Sonder-Konstellationen	261	238
e) Weitere „Gebotenheits-Fälle“	265	239
§ 8. Rechtfertigender Notstand gemäß § 34		
I. Die Problematik einer Rechtfertigung wegen Notstands	1	241
II. Die gesetzliche Notstandsregelung des § 34	11	244
1. Überblick über die Voraussetzungen des Notstandes und deren Behandlung im Aufbau einer Notstandsprüfung	11	244
2. Die gesetzlichen Voraussetzungen des Notstandes im Einzelnen	20	246
a) Die Notstandslage	20	246
aa) Notstandsfähige und notstandspflichtige Rechtsgüter	21	246
bb) Gefahr für Rechtsgüter	38	253
cc) Gegenwärtige Gefahr	62	259
b) Rettungshandlung	74	264
aa) Erforderlichkeit	75	264
bb) Wesentlich überwiegendes Interesse	97	271
(1) Die Wesentlichkeit des Überwiegens	97	271
(2) Umfassende Interessenabwägung	102	272
(3) Die einzelnen Abwägungsfaktoren	106	273
cc) Angemessenheit	166	296
(1) Prinzipien der Rechtsordnung, insbesondere das Freiheits- prinzip	169	297
(2) Gesetzliche Vorgaben, geregelte Verfahren	175	300
dd) „Rettungswille“	183	303
§ 9. Weitere Rechtfertigungsgründe		
A. Überblick über zivilrechtliche Selbsthilfe- und Notrechte	1	305
I. Zur Anwendbarkeit der zivilrechtlichen Rechtfertigungsgründe	1	305
II. Die zivilrechtlichen Selbsthilferechte	2	305
1. Das Selbsthilferecht gem. §§ 229, 230 BGB	3	306
2. Besitzkehr gem. § 859 II, III BGB und Besitzwehr gem. § 859 I BGB ...	10	308
III. Die zivilrechtlichen Notstände	13	309
1. Der Defensivnotstand gem. § 228 BGB („Sachwehr“)	14	309
2. Der Aggressivnotstand gem. § 904 BGB	17	310
B. Einwilligung und Einverständnis	20	311
I. Grundgedanke und systematische Einordnung	20	311
II. Voraussetzungen und Grenzen der rechtfertigenden Einwilligung	27	316
1. Einwilligung durch den Rechtsgutsträger	27	316
2. Dispositionsbefugnis des Einwilligenden	28	316
3. Form und Zeitpunkt der Einwilligung	31	319
4. Einwilligungsfähigkeit	33	320
5. Einwilligung frei von Willensmängeln	35	322
a) Drohung	36	322
b) Täuschung	37	323
c) Irrtum	40	325
6. Kenntnis der Einwilligung	41	326
III. Voraussetzungen des tatbestandsausschließenden Einverständnisses	42	326
C. Mutmaßliche Einwilligung, hypothetische Einwilligung und Geschäftsfüh- rung ohne Auftrag	45	327
I. Mutmaßliche Einwilligung	46	328
II. Hypothetische Einwilligung	47a	330
III. Geschäftsführung ohne Auftrag gem. §§ 677 ff. BGB	48	333

	Rn.	Seite
D. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen	50	333
E. Das Erziehungsrecht als Rechtfertigungsgrund	52	334
I. Das elterliche Erziehungsrecht, insbesondere das Züchtigungsrecht	52	334
1. Gegenstand des Erziehungsrechts	52	334
2. Züchtigungsrecht als Rechtfertigungsgrund	58	336
3. Voraussetzungen des elterlichen Züchtigungsrechts	60	336
a) Züchtigungsanlass	60	336
b) Maßvolle Züchtigung	65	337
c) Angemessenheit der Züchtigung	71	338
d) Erziehungswille	72	338
4. Bedenken	74	339
5. Aktuelle Rechtslage	77a	340
II. Das staatliche Erziehungsrecht, insbesondere das Züchtigungsrecht des Lehrers	78	342
F. Das Festnahmerecht von jedermann gem. § 127 I StPO	83	344
G. Verfassungsrechtliche Rechtfertigungsgründe	92	349
I. Das Widerstandsrecht gem. Art. 20 IV GG	93	349
1. Allgemeine Einführung	93	349
2. Die einzelnen Voraussetzungen	95	350
a) Täter und Opfer	95	350
b) Die Widerstandslage	97	351
c) Die Widerstandshandlung	103	352
d) Subsidiaritätsklausel	105	352
II. Ziviler Ungehorsam als Rechtfertigungsgrund?	108	353
III. Rechtfertigung durch einzelne Grundrechte	112	355
IV. Wahrheitsgemäße parlamentarische Berichte gem. § 37, Art. 42 III GG	116	358
H. Öffentlich-rechtliche Dienstrechte	117	359
I. Die rechtswidrige verbindliche Weisung	118a	360
J. Die behördliche Genehmigung	119	362
I. Tatbestandsausschluss oder Rechtfertigungsgrund?	119	362
II. Nichtige und rechtswidrige Genehmigungen	128	365
III. Umfang der behördlichen Genehmigung und deren Verhältnis zu § 34	134	368
IV. Genehmigungsfähigkeit und behördliche Duldung	137	369

3. Unterabschnitt. Schuld

§ 10. Allgemeine Schuldfragen

I. Vorbemerkung	1	371
II. Die Schuld als Strafbarkeitsvoraussetzung	2	371

§ 11. Schuldausschließungsgründe

I. Schuldunfähigkeit	1	375
1. Die Regelung der §§ 19, 20	1	375
2. Die actio libera in causa	6	376
a) Zur Rechtfertigung der umstrittenen Rechtsfigur	6	376
b) Die subjektiven Voraussetzungen der vorsätzlichen alic	19	381
c) Versuch und Rücktritt	24a	384
d) Zweifelhafte alic-Fälle	25	385
II. Das fehlende Unrechtsbewusstsein bzw. der Verbotsirrtum	27	385

§ 12. Entschuldigungsgründe

A. Allgemeine Fragen	1	387
I. Die Prinzipien der Entschuldigung	1	387

	Rn.	Seite
II. Die besondere Rolle der Entschuldigungsgründe innerhalb der „Straflosigkeitsgründe“	4	388
III. Übersicht über die Entschuldigungsgründe	11	389
B. Die einzelnen Entschuldigungsgründe	13	390
I. Entschuldigender Notstand gemäß § 35	13	390
1. Allgemeine Kennzeichnung des Notstands als Entschuldigungsgrund ...	13	390
2. Die „Erklärung“ des entschuldigenden Notstands	18	392
3. Die gesetzliche Notstandsregelung des § 35 I	23	394
a) Überblick und Aufbau einer § 35-Prüfung	23	394
b) Die gesetzlichen Voraussetzungen des entschuldigenden Notstands im Einzelnen	25	394
aa) Die Notstandslage	25	394
(1) Notstandsfähige Rechtsgüter	25	394
(2) Rettungsfähige Personen	34	397
(3) Gegenwärtige Gefahr	41	398
bb) Rettungshandlung	46	400
(1) Die Erforderlichkeit der Rettungshandlung	47	400
(2) Gefahrabwendungswille	55	402
cc) Die Ausnahme-Regelung des § 35 I 2	59	403
(1) Gefahrverursachung	62	404
(2) Besonderes Rechtsverhältnis	69	407
(3) Weitere „Zumutbarkeits“-Fälle	81	412
α) Obhutspflichten	82	412
β) Sonstige Duldungspflichten	85	412
γ) „Unverhältnismäßigkeit“/„Disproportionalität“	87	413
II. Der übergesetzliche entschuldigende Notstand	92	415
III. Entschuldigende Gewissensnot (Art. 4 I GG)	109	421
IV. Der Notwehrexzess gem. § 33	126	427
1. Die Erklärung des Notwehrexzesses als Entschuldigungsgrund	126	427
2. Die einzelnen Voraussetzungen des § 33	132	428
a) Die Überschreitung der Notwehrgrenzen	135	429
aa) Die Überschreitung der Erforderlichkeitsgrenze (sog. intensiver Notwehrexzess)	135	429
bb) Die Überschreitung der Gegenwärtigkeitsgrenze (sog. extensiver Notwehrexzess)	139	430
cc) Die Überschreitung der „Angreifergrenze“ (der sog. räumlich-extensive Notwehrexzess)	145	432
b) Die subjektiven § 33-Voraussetzungen	146	433
aa) Die entschuldigenden Affekte	146	433
bb) Auch bewusste Notwehrüberschreitung?	148	434
cc) Verteidigungswille	149a	434
3. Besondere Fallgestaltungen	150	435
a) Krasse Überschreitung der Notwehrgrenzen	150	435
b) Entschuldigung auch für den Provokateur?	151	435
c) Putativnotwehrexzess	155	437
V. Unverbindliche dienstliche Weisung	159	438

4. Unterabschnitt. Irrtum

§ 13. Irrtumslehre

I. Die gesetzlichen Vorgaben	1	439
II. Der Tatumstandsirrtum gem. § 16	7	441
1. Erscheinungsformen und rechtliche Behandlung	7	441
2. Sonderkonstellationen	17	448
a) „error in persona vel in obiecto“: Irrtum über das Handlungsobjekt ..	18	448
b) „aberratio ictus“: Fehlgehen der Tat	29	452
c) Irrtum über den Kausalverlauf	41	457

	Rn.	Seite
d) „dolus generalis“: Abweichung bei mehraktigem Geschehen?	46	460
aa) Verspäteter Erfolgseintritt	46	460
bb) Verfrühter Erfolgseintritt	48a	461
III. Verbots- und Erlaubnisirrtum gem. § 17	49	462
1. Erscheinungsformen des § 17-Irrtums	49	462
2. Die Rechtsfolgen des Verbots- und Erlaubnisirrtums	60	468
IV. Der Erlaubnistatumstandsirrtum	63	471
1. Methodische Vorbemerkung	63	471
2. Der typische Fall des Erlaubnistatumstandsirrtums	67	472
3. Die rechtliche Behandlung des Erlaubnistatumstandsirrtums	70	474
4. Abgrenzungsprobleme zum Erlaubnisirrtum	78	478
a) Bei normativen Rechtfertigungsvoraussetzungen	78	478
b) Doppelter Irrtum	80	479
V. Entschuldigungsirrtum	82	480

3. Abschnitt. Versuch und Rücktritt

§ 14. Die Stufen der Deliktsentwicklung

I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	1	484
II. Veranschaulichung der Deliktsstufen am Fall	5	484
III. Die Relevanz der Deliktsstufen im Überblick	15	487
1. Vorbereitung und Versuch	15	487
2. Versuch und Vollendung	16	487
3. Vollendung und Beendigung	17	487
IV. Deliktsstufen mit Ausnahme des Versuchs	19	488
1. Vorbereitung und Vollendung	19	488
2. Die Beendigung	21	489

§ 15. Der Versuch

I. Überblick und Aufbau des Versuchsdelikts	1	494
1. Überblick über die gesetzliche Regelung des Versuchs in den §§ 22–24 ...	1	494
2. Der Aufbau des Versuchsdelikts mit Hinweisen zur Fallbearbeitung	7	495
a) Die zweistufige „Vorprüfungsstufe“	8	496
aa) Die Nichtvollendung der Tat	8	496
bb) Strafbarkeit des Versuchs	11	498
b) Die Prüfung des Versuchstatbestands	17	499
c) Weitere Prüfungsstufen	21	501
II. Der Versuchstatbestand	23	501
1. Subjektiver Tatbestand: Der Entschluss	23	501
2. Das unmittelbare Ansetzen zur Verwirklichung des Tatbestandes gem. § 22	38	507
a) Der Einfluss des Strafgrundes des Versuchs auf die Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch	38	507
b) Die Konkretisierung der Ansatzformel des § 22	44	509
aa) Die Verwirklichung des Tatbestandes	46	510
bb) Die Handlungs-Unmittelbarkeit	55	514
cc) Zeitliche Unmittelbarkeit	68	521
dd) „Ansetzen“ als tätige Beziehung zum fremden Rechtskreis	72	524
ee) Die Vorstellung des Täters von der Tat	77	524
ff) Die unmittelbare Gefährdung des Rechtsguts	81	525
gg) „Fallenstellung“ als Sonderfall? – Der zeitlich gestreckte Versuch mit Opferbeteiligung	85a	527
III. Untauglicher Versuch und Wahndelikt	86	530
1. Untauglicher, grob unverständiger und irrealer Versuch	86	530
2. Untauglicher Versuch und Wahndelikt	96	536

	Rn.	Seite
§ 16. Der Rücktritt vom Versuch gemäß § 24		
I. Einführung und Überblick	1	542
II. Erklärung und systematische Einordnung der Strafbefreiung wegen Rücktritts	4	543
1. Die Erklärung der § 24-Regelung	4	543
2. Systematische Einordnung des Rücktritts	8	545
III. Der Rücktritt des Alleintäters gem. § 24 I	9	546
1. Der fehlgeschlagene Versuch	9	546
a) Der subjektive Fehlschlag	9	546
b) Fehlschlag wegen Unmöglichkeit oder Sinnlosigkeit der Tatfortführung	13	548
c) Fehlschlag trotz Fortsetzungsmöglichkeit?	16	549
2. Der unbeendete Versuch gem. § 24 I 1 Alt. 1	23	553
a) Die Abgrenzung des unbeendeten vom beendeten Versuch	23	553
b) Das Aufgeben der weiteren Ausführung der Tat i. S. des § 24 I 1 Alt. 1	42	562
aa) Das Aufgeben der Tat	42	562
bb) Das Aufgeben der weiteren Ausführung	49	565
c) Die Freiwilligkeit der Tataufgabe	52	566
3. Der beendete Versuch i. S. des § 24 I 1 Alt. 2	63	571
4. Der misslungene Rücktritt	79	577
5. Der vermeintlich vollendbare Versuch i. S. des § 24 I 2	83	579
6. Rücktrittswille und Irrtümer	87a	581
7. Die Wirkung des Rücktritts	88	581
IV. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten i. S. des § 24 II	90	582

4. Abschnitt. Fahrlässigkeit

§ 17. Das fahrlässige Begehungsdelikt

I. Zur ersten Orientierung	1	584
II. Der Tatbestand des fahrlässigen Begehungs-Erfolgsdelikts	11	588
1. Erfolgsverursachung	13	588
2. Sorgfaltswidrigkeit und Erkennbarkeit	14	589
3. Objektive Zurechnung des Erfolges	45	606
a) Der Pflichtwidrigkeitszusammenhang	47	607
b) Der Schutzzweckzusammenhang	68	617
III. Die Rechtswidrigkeit	77	621
IV. Die Schuld	89	627

§ 17a. Das erfolgsqualifizierte Delikt

I. Das vollendete erfolgsqualifizierte Delikt	1	632
1. AT- und BT-Materie	1	632
2. Der Zusammenhang zwischen Grunddelikt und besonderer Folge	14	636
a) Verwirklichung der Gefahr von Grunddeliktshandlung oder Grunddeliktserfolg	19	638
b) „Unmittelbarkeitszusammenhang“ bei Sich-Einschalten des Opfers oder eines Dritten	24	641
3. Fahrlässige/leichtfertige Verursachung der besonderen Folge	29	644
4. Prüfungsaufbau	31	646
II. Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts und Rücktritt	32	647
1. Der Versuch	32	647
a) Die versuchte Erfolgsqualifizierung	33	647
aa) Allgemeine Begründung	33	647
bb) Relevanz bei einzelnen Delikten	34	648
cc) Auch bei versuchtem und bei versuchtem straflosen Grunddelikt?	37	649

	Rn.	Seite
b) Der erfolgsqualifizierte Versuch	39	650
aa) Anerkennung durch Rechtsprechung und herrschende Lehre	40	650
bb) Der sog. „Fahrlässigkeitseinwand“	41	651
cc) Der sog. „Versuchseinwand“	42	651
dd) Auch bei Strafflosigkeit des Grunddeliktsversuchs?	45	652
ee) Auch bei Delikten mit sog. „Erfolgsgefährlichkeit“?	48	653
2. Der Rücktritt	52	655
a) Rücktritt von der versuchten Erfolgsqualifizierung	53	655
aa) Bei versuchtem Grunddelikt	54	655
bb) Bei vollendetem Grunddelikt	55	656
b) Rücktritt vom erfolgsqualifizierten Versuch	56	656
III. Zu Täterschaft und Teilnahme bei erfolgsqualifizierten Delikten	59	657

5. Abschnitt. Das Unterlassungsdelikt

§ 18. Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt

I. Einführung und Aufbau des Unterlassungsdelikts	1	658
1. Einführung in die Problematik des Unterlassungsdelikts	1	658
2. Der Aufbau des vorsätzlichen Unterlassungsdelikts	7	661
II. Die Abgrenzung von Tun und Unterlassen	13	663
III. Der objektive Tatbestand	26	673
1. Der Erfolgseintritt	26	673
2. Nichtvornahme der erforderlichen Rettungshandlung trotz Handlungsmöglichkeit	27	674
a) Nichtvornahme einer Rettungshandlung	27	674
b) Handlungsmöglichkeit bzw. Handlungsfähigkeit	30	675
3. Die „Kausalität“ des Unterlassens für den Erfolg	35	676
4. Garantenstellungen	41	682
a) Beschützergaranten mit Obhutspflichten	47	685
aa) Natürliche, familiäre Verbundenheit	47	685
bb) Enge Lebens- und Gefahrengemeinschaften	61	691
cc) Tatsächliche, freiwillige Übernahme	68	694
dd) Garantenstellung von Organen und Amtsträgern	78	698
b) Überwachungsgaranten mit Sicherungspflichten	91	704
aa) Vorausgegangenes gefährliches Tun (sog. Ingerenz)	91	704
bb) Tatsächliche und rechtliche Herrschaft über (gefährliche) Sachen	106	714
cc) Verantwortung für rechtswidriges Verhalten Dritter (und das eigene Verhalten)	116	719
dd) Übernahme von Sicherungspflichten	119	724
5. Die Entsprechungsklausel	122	726
IV. Der subjektive Tatbestand, insbes. der Vorsatz	125	728
V. Die Rechtswidrigkeit	133	731
VI. Die Schuld	138	735
VII. Versuch und Rücktritt	142	737
1. Der Versuch des unechten Unterlassungsdelikts	143	738
a) Der Entschluss	143	738
b) Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	145	739
c) Der untaugliche Versuch	151	742
2. Der Rücktritt vom Versuch	152	742
VIII. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt	155	745

§ 19. Das fahrlässige Unterlassungsdelikt

I. Abgrenzung von Tun und Unterlassen	1	746
II. Typische Fälle	2	747

	Rn.	Seite
III. Der Tatbestand	3	747
1. Erfolgseintritt, Nichtvornahme der Rettungshandlung, „Quasikausalität“ und Garantenstellung	3	747
2. Sorgfaltspflichtverletzung	4	748
3. Objektive Zurechnung	4a	748

6. Abschnitt. Täterschaft und Teilnahme

§ 20. Täterschaft und Teilnahme

I. Überblick über die Grundformen der Beteiligung	1	751
II. Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme	11	755
1. Tatbestandsspezifische Abgrenzung	12	755
2. Die Abgrenzung bei den Allgemeindelikten	17	757
III. Erscheinungsformen der Täterschaft	36	764
1. Der unmittelbare Täter i. S. des § 25 I Alt. 1	36	764
2. Der mittelbare Täter i. S. des § 25 I Alt. 2	38	766
a) Allgemeine Kennzeichnung	38	766
b) Konstellationen der mittelbaren Täterschaft	46	769
aa) Das tatbestandslos handelnde Werkzeug	46	769
bb) Das unvorsätzlich handelnde Werkzeug	52	772
cc) Das absichtslos/qualifikationslos dolose Werkzeug	54	774
dd) Das rechtmäßig handelnde Werkzeug	57	777
ee) Schuldlos oder entschuldigt handelnde Werkzeuge	61	779
ff) Tatmittler ohne „Defekte“: der „Täter hinter dem Täter“	72	783
c) Irrtum des Tatveranlassers über die eigene Beteiligungsform	82	790
d) Error in persona des Werkzeugs	89a	794
e) Versuchsbeginn bei mittelbarer Täterschaft	90	795
3. Die „Mittäter“ i. S. des § 25 II	98	798
a) Allgemeine Kennzeichnung	98	798
b) Die Voraussetzungen der Mittäterschaft	103	801
aa) Der gemeinschaftliche Entschluss	104	801
bb) Die gemeinschaftliche Tatbegehung	107	803
cc) Fahrlässige Mittäterschaft	116a	809
c) Exzess und Irrtum eines Mittäters	117	812
aa) Der „absichtliche“ Exzess eines Mittäters	117	812
bb) Error in persona des Mittäters: „fahrlässiger“ Exzess?	119	814
d) Zeitliche Grenzen der Mittäterschaft	123	815
aa) Versuchsbeginn	123	815
bb) Sukzessive Mittäterschaft	126	819
IV. Wesen, Strafgrund und Akzessorietät der Teilnahme	130	821
1. Wesen und Strafgrund der Teilnahme	130	821
2. Die Akzessorietät der Teilnahme	134	823
a) Rechtsstaatliche Bedeutung und Sinn der Akzessorietät	134	823
b) Die sog. limitierte Akzessorietät	135	824
c) Lockerungen der Akzessorietät	147	830
aa) Die besonderen persönlichen Merkmale bei § 28	148	831
bb) Die besonderen persönlichen Merkmale bei § 14	165a	839
V. Anstiftung	166	841
1. Allgemeine Kennzeichnung und Einordnung der Anstiftung	166	841
2. Die objektiven Voraussetzungen der Anstiftung	169	843
a) Das Bestimmen i. S. des § 26	169	843
b) Kein Bestimmen des zur Tat entschlossenen Täters	177	847
c) Das Bestimmen zu einer Entschlussänderung	180	848
d) Konkretisierung von Tat und Täter	188	851
e) Sonderfälle der Anstiftung	193	853
3. Die subjektiven Voraussetzungen der Anstiftung	195	854
a) Der „doppelte“ Anstiftervorsatz	195	854

	Rn.	Seite
b) Der agent provocateur	201	855
c) Auswirkungen des error in persona des Täters auf den Anstifter	206	859
VI. Beihilfe	211	861
1. Allgemeine Kennzeichnung und Einordnung der Beihilfe	211	861
2. Die objektiven Voraussetzungen der Beihilfe	214	862
a) Das Hilfeleisten i. S. des § 27 I	214	862
b) Die Mittel der Beihilfe	223	870
c) Beihilfe durch Unterlassen	229	873
d) Der Zeitpunkt des Hilfeleistens	232	876
3. Die subjektiven Voraussetzungen der Beihilfe	241	880
4. Sonderformen der Beihilfe	242b	882
VII. Vorstufen der Beteiligung und Rücktritt der „Beteiligten“	243	883
1. Vorstufen der Beteiligung gemäß § 30	243	883
2. Rücktritt des „Beteiligten“ gem. § 31 und Beteiligtenrücktritt gem. § 24 II	255	890
VIII. Täterschaft und Teilnahme bei garantenpflichtwidrigem Unterlassen	266	897
1. Mittelbare Täterschaft	267	898
2. Mittäterschaft	268	899
3. Anstiftung	271	900
4. Beihilfe	272	900
5. Akzessorietät der Teilnahme	273	901
IX. Täterschaft und Teilnahme bei erfolgsqualifizierten Delikten	274	901
1. Täterschaft	274	902
2. Teilnahme	275	902
3. Beteiligung durch Unterlassen	276	902

7. Abschnitt. Konkurrenzen

§ 21. Konkurrenzen

A. Grundwissen	1	904
I. Handlungseinheit – Tateinheit	6	905
1. Handlungseinheit	6	905
a) Natürliche Handlung bzw. Handlung im natürlichen Sinn	7	906
b) Natürliche Handlungseinheit	10	908
c) Rechtliche Handlungseinheit	21	913
aa) Die tatbestandliche Handlungseinheit	22	913
bb) Fortgesetzte Tat	26	917
cc) Handlungseinheit bei partieller Handlungsidentität	33	918
2. Handlungseinheit und Tateinheit	43	924
II. Handlungsmehrheit – Tatmehrheit	49	925
1. Handlungsmehrheit	49	925
2. Handlungsmehrheit und Tatmehrheit	50	925
III. Gesetzeskonkurrenz bzw. Gesetzeinheit	51	926
1. Spezialität	52	926
2. Subsidiarität	53	927
3. Konsumtion	60	931
Sonderfall: Die mitbestrafte Vor- bzw. Nachtat	63	933
Exkurs: Wahlfeststellungen	68	936
B. Hinweise zur Fallbearbeitung	69	940
I. Das gedankliche Vorgehen bei der Prüfung der Konkurrenzen	72	940
II. Die Darstellung der Konkurrenzen in der strafrechtlichen Fallbearbeitung	75	942
1. Der richtige Standort	75	942
2. Vorwegbehandlung der Gesetzeskonkurrenz	79	943
3. Darstellungsstil der Konkurrenzprüfung	83	945
Sachverzeichnis		947